

**”...Zwischen Ungarn und der Sowjetunion ist  
der Kriegszustand eingetreten” – Ungarns Eintritt in den  
Krieg gegen die Sowjetunion**

**Sándor SZAKÁLY**

Die Erfolge des nationalsozialistischen deutschen Dritten Reiches in Europa zwischen 1935 und 1939, die sich in der Besetzung des Rheinlandes, im Anschluß des Saarlandes, in der Einverleibung Österreichs, im Abschluß des Münchner Abkommens und in der Einverleibung der Rest-Tschechei manifestierten, haben Deutschlands militärische und politische Lage bedeutend gestärkt. Hitlers Erfolge besaßen einen entscheidenden Einfluß auch auf die mitteleuropäische Situation. Die Kleine Entente, die Ungarns politische und militärische Möglichkeiten stark eingeschränkt hatte, löste sich auf, und der ungarisch-rumänische Gegensatz spitzte sich noch mehr zu. Ungarn dachte, daß es in der gegebenen Situation im Falle eines Auftretens gegen Rumänien mit der Unterstützung des Deutschen Reiches rechnen könne. Berlin machte jedoch zumeist nur mündliche Versprechungen. Um Deutschlands Gunst zu gewinnen, machte Ungarn immer mehr politische Zugeständnisse, schloß sich dem Antikominternpakt an und erklärte seinen Austritt aus dem Völkerbund. Nur während des deutsch-polnischen Krieges war eine geringe Abkühlung spürbar, da Ungarn in Anbetracht seiner jahrhundertelangen Freundschaft, die das Land mit Polen verband, die deutschen Truppentransporte, die durch sein Territorium führen sollten, verweigerte und mehrere zehntausend polnische Flüchtlinge aufnahm.

Die in den Jahren 1938–1939 in Europa eingetretenen territorialen Veränderungen – diese betrafen auch Ungarn, da es im November 1938 Oberungarn, im März 1939 die Ruthenien (Kárpátalja) wiederbekam – veranlaßten die politische und militärische Führung Ungarns, die ”Siebenbürgen-Frage” mit Rumänien zu klären. Die deutsche Führung, die hauptsächlich wegen der rumänischen Erd-

öllieferungen an der Aufrechterhaltung der Stabilität interessiert war, hielt die beiden Länder zu Verhandlungen an. Diese führten jedoch zu keinem Ergebnis, und es drohte die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes, nachdem die Sowjetunion Rumänien ein Ultimatum gestellt hatte. Auf Bitten Rumäniens faßte Deutschland gemeinsam mit Italien einen Schiedsspruch, der Ungarn am 30. August 1940 die ehemals ostungarischen Gebiete und den nördlichen Teil Siebenbürgens zuerkannte. Durch diese Entscheidung geriet Ungarn noch stärker in Abhängigkeit von Deutschland.

Als am 28. Oktober 1940 die Truppen der italienischen Streitkräfte von Albanien aus Griechenland angriffen, wurde unmißverständlich deutlich, daß Hitlers Vorstellung bezüglich des Balkans, nämlich dieses Gebiet aus dem Krieg herauszuhalten, gescheitert war. Der mit den Deutschen nicht abgestimmte italienische Schritt gefährdete die südosteuropäische Rohstoffversorgung Deutschlands in erheblichem Maße, besonders die rumänischen Erdöllieferungen, da der italienische Angriff die Bündnisverpflichtungen Großbritanniens in Kraft treten ließen und man auch mit der Verwirklichung der sowjetischen Interessen in der Region rechnen mußte. Deshalb war Berlin bemüht, noch festere Verbindungen zu den Balkanländern aufzubauen und forderte diese zum Beitritt zum Dreimächtepakt auf. Unter den Ländern des Balkans bzw. der Region schloß sich Ungarn als erstes am 20. November 1940 dem Pakt an. Danach traten auch Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien dem Bündnis bei. Damit schien es gelungen zu sein, den militärischen Konflikt auf dem Balkan abzuwenden.

Das durch den militärischen Mißerfolg Italiens in Griechenland angeschlagene Ansehen der Achse veranlaßte Hitler zur Einmischung auf dem Balkan, um dieses wiederherzustellen. Die Pläne für diese Operation gegen Griechenland enthielt die Weisung Nr. 20, die von einem aus Südbulgarien zu startenden Angriff ausging. In dem Plan spielte Ungarn nur die Rolle eines Durchzugsgebietes für die nach Rumänien und Bulgarien gerichteten Militärtransporte.<sup>1</sup>

Eine vollkommen neue Lage schuf jedoch der Putsch in Belgrad am 27. März 1941. Dieser Putsch brach infolge des Beitritts Jugoslawiens zum Dreimächtepakt aus, er besaß die Unterstützung Großbritanniens, sowie den schnellen Unterstützungsschritt der Sowjetunion.

Hitler gab eine neue Weisung heraus, die die Erweiterung des Angriffs gegen Griechenland auch auf Jugoslawien vorschrieb. Die Weisung Nr. 25 ging bereits von einer aktiven militärischen Teilnahme Ungarns aus. Hitler meinte unter Berufung auf Ungarns Revisionsbestrebungen, daß "Durch die Aussicht auf Zurückgewinnung des Banats ... wird versucht, Ungarn ... für die Teilnahme an den Operationen zu gewinnen".<sup>2</sup> Gleichzeitig hiermit erhielt das OKH (Oberkommando des Heeres) die Vollmacht, eine militärische Mission in Budapest zu bilden, die eine unmittelbare Verbindung zur ungarischen militärischen Führung sichern sollte. Am 30. März 1941 fanden zwischen den Vertretern des OKH und den Zuständigen des Honvéd-Generalstabs Besprechungen statt, als deren Ergebnis die Dienststelle "Der Deutsche General beim Oberkommando der Königlich Ungarischen Wehrmacht" unter der Leitung des Generalmajors Kurt Himer errichtet wurde, die am 4. April 1941 ihre Tätigkeit in Budapest aufnahm.<sup>3</sup> Über die Aufgabe dieses Postens können wir in der Weisung Nr. 26 lesen, daß "Diese Dienststelle dient sowohl meiner (Hitlers, S.Sz.) Verbindung mit dem Reichsverweser, wie der Verbindung der Wehrmachtteile mit dem ungarischen Oberkommando."<sup>4</sup> Diese Weisung Nr. 26, die sich mit der deutschen Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen Verbündeten beschäftigt, sprach auch von der Rolle, die Hitler Ungarn im Krieg gegen Jugoslawien zgedacht hatte. Die zu mobilisierenden Truppen der ungarischen königlichen Armee bekamen als Auftrag die Besetzung der Batschka, die nach Beendigung der Operation Ungarn zufallen sollte; aber auch bei der Zerschlagung der jugoslawischen Armee hätte die ungarische königliche Armee eine Aufgabe übernehmen sollen.<sup>5</sup>

Den ungarischen "Verbündeten" wollte die deutsche militärische Führung jedoch nur im unbedingt notwendigen Maße in Anspruch nehmen, eine größere Bedeutung schrieb man den Transporten etc. durch Ungarn zu.

Budapest gab eine positive Antwort auf das deutsche Ersuchen, wenngleich es einen Teil der politischen und militärischen Führung vor ein nicht geringes Dilemma stellte. Ungarn hatte im Dezember 1940 mit Jugoslawien einen "Vertrag über ewige Freundschaft" abgeschlossen, den das ungarische Parlament mit dem Gesetzesartikel 2/1941 in Kraft gesetzt hatte. Dieser Vertrag schloß eine territoriale Revision auf friedlichem Wege nicht aus, lehnte aber eine bewaff-

nete Lösung ab. Die britische Stellungnahme, d.h. die zu erwartende britische Stellungnahme fiel in Budapest besonders stark ins Gewicht. Der ungarische Gesandte in London schickte eine Botschaft nach Budapest, derzufolge die ungarische Beteiligung an der gegen Jugoslawien gerichteten Aggression die britische Kriegserklärung nach sich zöge. (Später stellte sich heraus, daß die Information ohne Grundlage war, Großbritannien brach lediglich die diplomatischen Beziehungen ab.) Als Reaktion auf die Botschaft beging der ungarische Ministerpräsident Graf Pál Teleki Selbstmord, da er den Gegensatz zwischen dem mit territorialer Rückgliederung lockenden Angriff und der in Aussicht gestellten britischen Kriegserklärung nicht aufheben konnte.

Die politische und militärische Führung Ungarns bestand – zum Teil auch unter der Wirkung von Telekis Selbstmord – auf der Erfüllung der von ihr formulierten Bedingungen, die als Voraussetzung für eine ungarische Teilnahme notwendig waren, und zwar ein eventueller jugoslawischer Angriff, jugoslawische Schritte gegen die ungarische Minderheit bzw. die de jure und de facto Auflösung des südslawischen Staates.

Nach dem deutschen Angriff blieben die mobil gemachten Truppen der ungarischen 3. Armee in ihren Ausgangsstellungen; erst nach dem Ausrufen des "Unabhängigen Kroatischen Staates" am 11. April 1941 rückten sie in das ehemalige jugoslawische Gebiet ein. Als diese erfolgte, war der deutsche Sieg schon als sicher zu betrachten; so blieb denn auch der Einsatz der ungarischen Truppen begrenzt. Sie rückten nur bis an die Donau-Drau-Linie vor und überschritten nicht die einstigen Grenzen des historischen Ungarn, abgesehen von einer motorisierten Heeresgruppe und einigen Schwimmereinheiten der Stromstreitkräfte.

Zu Beginn des Jahres 1941 kühlte das bis dahin noch als gut, wenn auch nicht ungetrübt erscheinende deutsch-sowjetische Verhältnis immer mehr ab und spitzte sich zu. Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen der beiden während der Wochen des polnischen Feldzuges 1939 quasi als Verbündete auftretenden Großmächte gerieten immer mehr in Gegensatz zueinander; ihre Großmacht-Vorstellungen schienen sich einander zu durchkreuzen. Ein gutes Beispiel hierfür war der sowjetisch-finnische Krieg, dann die Sowjetisierung der baltischen Staaten, das Rumänien gestellte sowjetische Ultimatum bzw. die rasche sowjetisch-

jugoslawische Vereinbarung nach dem Belgrader Putsch. Die im Verhältnis der beiden Großmächte eingetretene Veränderung berührte auch Ungarn, das seit 1939, seit der Rückgliederung der Ruthenien (Kárpátalja), Nachbar der Sowjetunion war. Es ist also verständlich, daß Ungarn gegenüber den eingetretenen Veränderungen in dem Verhältnis der beiden die Region bestimmenden Großmächte – das Deutsche Reich unter Hitler und die Sowjetunion unter Stalin – nicht gleichgültig bleiben konnte.

Auf deutscher Seite begannen die Planungen für die militärische Aktion gegen die Sowjetunion bereits im Sommer 1940, als Hitler eine Anweisung zur Inangriffnahme des russischen Problems und zur Ausarbeitung der Kriegsführung und -organisation gab.<sup>6</sup> Es wurden auch zwei Operationspläne erstellt, in denen mit Ungarn als Aufmarschgebiet gerechnet wurde.<sup>7</sup> Gestützt auf die ausgearbeiteten Studien, übernahm Generalleutnant und Generalquartiermeister Paulus am 3. September 1940 die Koordinierung der Planungsarbeiten.<sup>8</sup> Der von diesem ausgearbeitete Plan wurde Hitler am 5. Dezember 1940 von Halder unterbreitet. Der von Halder vorgestellte Plan riet zu einem aus drei Richtungen geschehenden Angriff mit drei Heeresgruppen. Im Zuge der Erörterung des Plans ordnete Hitler – ohne jede nähere Erklärung – an, daß Ungarn in die Pläne des bevorstehenden Feldzuges nicht einbezogen werden soll.<sup>9</sup>

Auf der Grundlage der Besprechung mit Hitler wurde die Weisung Nr. 21 erarbeitet und am 18. Dezember 1940 ausgegeben, die unter dem Decknamen Barbarossa das allgemeine Vorhaben beinhaltete.<sup>10</sup> In den Plänen rechnete die deutsche Heeresführung tatsächlich mit der rumänischen und finnischen Streitmacht.

Die Auslassung des ungarischen Staatsterritoriums bzw. der ungarischen Streitkräfte aus dem Angriff bereitete der Heeresgruppe Süd, besonders der 17. Armee, erhebliche Schwierigkeiten. Die militärischen Führer spürten die Schwierigkeiten und unternahmen am 3. Februar 1941 einen erneuten Modifizierungsversuch; Halder, der Generalstabschef des OKH, wandte sich an Hitler und schlug vor, daß "Wenn es (Ungarn, S.Sz.) an der Operation nicht selbst teilnähme, so müsse es sich zum mindesten mit Truppenauslandungen auf seinem Gebiet einverstanden erklären,"<sup>11</sup> Hitler war mit dem Vorschlag nicht einverstanden, aber er meinte, daß Ungarn "...gegen entsprechende politische Zusicherung allen deutschen Forderungen" zustimme.<sup>12</sup>

Am 22. März 1941 wurde die modifizierte Weisung Nr. 21 ausgegeben, welche auch weiterhin nicht mit Ungarn als einem an den militärischen Operationen bzw. an der Vorbereitungsphase teilnehmenden Verbündeten rechnete.<sup>13</sup> Inzwischen führte der in Budapest aufgestellte "Himer-Stab" zahlreiche Besprechungen mit den ungarischen Militärführern durch, und es begann sich herauszukristallisieren, daß Ungarn nur dann bereit wäre, Vorbereitungen zu treffen, wenn es von den deutschen Plänen eine offizielle Benachrichtigung bekäme und eine Aufforderung einträfe.<sup>14</sup>

Während die deutschen Vorbereitungen liefen – und im Frühjahr 1941 besaß auch die sowjetische Seite schon ausgearbeitete Pläne – beobachtete der Chef des Honvéd-Generalstabs, der General der Infanterie Henrik Werth, durch seine zuständigen Abteilungen aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse, die Veränderung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Er war bemüht, die politische Führung hierüber zu informieren bzw. sie in die von ihm als richtig empfundene Richtung zu beeinflussen.

Am 6. Mai 1941 wandte sich Werth in einer Denkschrift an den Ministerpräsidenten László Bárdossy, der gleichzeitig auch das Amt des Außenministers bekleidete. Er skizzierte in seiner Denkschrift das gegenwärtige deutsch-sowjetische Verhältnis bzw. seine zu erwartende Entwicklung und unterbreitete der Regierung Vorschläge für die Gestaltung der von ihm als richtig empfundenen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>15</sup> Werth glaubte, daß die zwischen 1938 und 1941 eingetretenen Veränderungen in Mittel- bzw. Ost-Mitteleuropa, die neuen Kräfteverhältnisse, Ungarn neue Aufgaben und Möglichkeiten böten würden. Seinem Urteil nach muß die zukünftige Außenpolitik Ungarns nicht von dem Gedanken einer Expansion, sondern der Sicherheit geleitet werden. Garant dieser Sicherheit kann aber nur ein Ungarn sein, daß mit Deutschland in enger Allianz steht. Seiner Ansicht nach ist Rumänien in dem Raum militärisch geschwächt, die Slowakei kann militärisch nicht als ein ernsthafter Faktor angesehen werden, Jugoslawien ist zerfallen – also stellt die einstige Kleine Entente keine Kraft mehr dar. Neben Deutschland ist die Sowjetunion die bestimmende Kraft dieses Raumes. Werths Ansicht nach kann ein kriegerischer Konflikt zwischen den beiden Großmächten in äußerst kurzer Zeit ausbrechen, in diesem muß Ungarn – in Anbetracht seiner Zukunft –

unmißverständlich Deutschland zur Seite stehen, weil dies das Interesse des Landes, seine Sicherheit verlangt.

Werth verlangte von der Politik eine eindeutige Stellungnahme, in deren Besitz er die erforderlichen militärischen Vorbereitungen treffen könne.

Ministerpräsident und Außenminister László Bárdossy teilte zwar die Ansichten Werths im Grundsatz, meinte aber aus der Sicht eines Politikers, daß es überflüssig sei, in diesem Maße voranzueilen, und daß man der Regierung freie Hand bei der Gestaltung der Politik lassen müsse; man sollte das von deutscher Seite kommende Ersuchen abwarten, da – im Gegensatz zur militärischen Ebene – die auf außenpolitischer Ebene unternommenen ungarischen Versuche zur Ermittlung der deutschen Meinungen und Standpunkte ergebnislos geblieben waren. László Bárdossy stellte diese seine Meinung in seiner am 12. Mai 1941 an Henrik Werth geschickten Antwort detailliert dar.<sup>16</sup> Er wies darauf hin, daß der durch den Chef des Honvéd-Generalstabs aufgeworfene, mit Deutschland abzuschließende politische und militärische Garantie- und Beistandsvertrag "...nicht davon abhängt, ob der Abschluß eines solchen Vertrages wünschenswert sei, sondern davon, ob das Deutsche Reich überhaupt gewillt sei, mit Ungarn einen derartigen Vertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu schließen."<sup>17</sup>

Nach der Antwort des Ministerpräsidenten vom 12. Mai 1941 wandte sich Henrik Werth in einem Memorandum erneut an László Bárdossy, in dem er seine früher formulierte Meinung aufrechterhielt und der Regierung riet, die Frage der ungarisch-deutschen politischen und militärischen Zusammenarbeit gegenüber der deutschen Regierung aufzuwerfen.<sup>18</sup> Trotz des aus militärischen Gründen und vom militärischen Standpunkt her verständlichen Drängens des Honvéd-Generalstabchefs kam keine entschlossene Antwort aus dem Ministerpräsidium. Er wandte sich am 14. Juni 1941 in einer Zuschrift an den Außenminister<sup>19</sup>, in der er auch die notwendige und ihm unausweichlich erscheinende ungarische Beteiligung an dem deutsch-russischen Krieg begründete, dessen Ausbruch innerhalb von Tagen zu erwarten war. Seiner Ansicht nach muß Ungarn am Krieg teilnehmen:

"1. weil die Sicherung der territorialen Integrität des Landes sowie unserer staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung dieses verlangt,

2. weil im Interesse unserer Zukunft die Schwächung des russischen Nachbarn und seine Entfernung von unseren Grenzen unser vorrangiges nationales Interesse ist,

3. weil uns hierzu unsere auf christlicher, nationaler Basis fußende Weltanschauung und unsere grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Bolschewismus sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart verpflichten,

4. weil wir uns politisch endgültig mit den Achsenmächten verbunden haben,

5. weil auch die weitere Vergrößerung unseres Landes hiervon abhängt.“<sup>20</sup>

Neben der Entfaltung seines Standpunktes bat Werth die königlich-ungarische Regierung, mitzuteilen, „...welchen Standpunkt Ungarn im Falle des deutsch-russischen Krieges einzunehmen wünscht, bzw. welche Haltung es bekunden wird“<sup>21</sup>, und gleichzeitig wiederholte er erneut seinen früheren Vorschlag, wonach „...die Regierung ohne Zögern mit der deutschen Regierung in Kontakt treten und ein formelles Angebot unseres freiwilligen Anschlusses an den deutsch-russischen Krieg machen soll.“<sup>22</sup> Der Honvéd-Generalstabschef schlug des weiteren die Anordnung bestimmter, unausweichlich erscheinender militärischer Maßnahmen vor, namentlich die Mobilmachung der zur Vervollständigung der Grenzverteidigung notwendigen Truppen, die Mobilisierung der Luftwaffe und Flugabwehr, die Anordnung der militärischen Luftabwehrebereitschaft der Heimat, die Mobilmachung der Schnellangriffstruppe sowie die Mobilisierung einstweilen des I., des VI., des VII. und des VIII. Armeekorps, ferner die Mobilmachung der wichtigsten dem Generalstab direkt unterstellten Truppen.<sup>23</sup>

Henrik Werths Zuschrift wurde in der außerordentlichen Ministerratssitzung am 14. Juni 1941 diskutiert. Das Ergebnis der Ministerratssitzung könnte man so zusammenfassen, daß die Regierung entgegen dem Vorschlag des Generalstabschefs sich der deutschen Regierung für den Fall der zu erwartenden deutsch-russischen Auseinandersetzung nicht freiwillig anbieten wollte.

Ministerpräsident und Außenminister László Bárdossy sah die immer bestimmter werdenden Auftritte des Honvéd-Generalstabschefs; diese erschwerten auch die politischen Schritte der Regierung, er formulierte „Empfehlungen“ an Werth<sup>24</sup>, mit der Bitte, sich diese während der mit den Bevollmächtigten der deutschen

militärischen Führung zu führenden Besprechungen vor Augen zu halten.

Am 19. Juni 1941 kam es zwischen Honvéd-Generalstabschef Henrik Werth und Generaloberst Franz Halder in Budapest zu einer Besprechung. Über diese Besprechung fertigte Werth folgende Aufzeichnung an:

”Budapest, den 19. Juni 1941.

1. Nach Halders Ansicht werden die Deutschen die russische Frage mit Waffen klären.

2. Diese Klärung geschieht innerhalb kurzer Zeit (ca. 1 Woche).

3. Es wäre gut gewesen, wenn Ungarn die Karpatenlinie besser abgesichert hätte, aber nun sollte Ungarn keine solche Maßnahmen mehr ergreifen, die die Russen ”alarmieren” oder die durch Ungarn führenden deutschen Transporte beeinflussen könnten.

4. Ungarn soll sich darauf vorbereiten, daß bei einem massenhaften Überschreiten der ungarischen Grenze durch Russen infolge der deutschen Operationen es diese entwaffnen könne.

5. Wenn die Deutschen die durch die Karpato-Ukraine [Ruthenien] führenden Eisenbahnlinien benötigen sollte, dann sollte Ungarn diese den Deutschen zu Verfügung stellen.

6. Ungarn genehmigt die Installierung deutscher Radiostationen.

7. Sofern bestimmte militärische Maßnahmen seitens Ungarns doch notwendig werden sollten, wird General Himer den Generalstabschef darum gesondert ersuchen.”<sup>25</sup>

Gemäß der von Werth erstellten Aufzeichnung rechnete die deutsche militärische und politische Führung zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges zunächst noch nicht mit einer tatsächlichen militärischen Beteiligung Ungarns, schloß aber erforderlichenfalls deren Inanspruchnahme nicht aus.

Die über den sich nähernden Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges und über dessen eventuelle Auswirkungen auf Ungarn gewonnenen Informationen des Honvéd-Generalstabschefs wurden auch von den in der 2. Generalstabsabteilung eingehenden Meldungen unterstrichen. Der Teil der durch die Unterabteilung Registratur (Durchführung der Analyse eingegangener Meldungen, S. Sz.) der 2. Generalstabsabteilung am 21. Juni 1941 datierten Zusammenfassung unter der Nummer 18.529/eln.-2.vkf.nyil.-1941, welcher die deutsch-russische Lage analysierte, setzte auf der Grundlage der eingegangenen, bestätigten Informationen die ”Klärung” der

deutsch-russischen Lage innerhalb von 48 Stunden an. Gleichzeitig äußerte sie sich über die Haltung der Sowjetunion gegenüber Ungarn im Kriegsfall wie folgt: "Es ist wahrscheinlich, daß der Sowjet im Falle des Kriegsausbruchs mit Ungarn genauso verfahren wird wie mit den anderen umliegenden Ländern; es ist also mit Luft- und eventuellem Bodenangriff zu rechnen."<sup>26</sup>

Nach dem am 22. Juni 1941 nachts um 3 Uhr 15 begonnenen deutschen Angriff, setzte Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop den ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay, über die Ereignisse in Kenntnis; desgleichen informierte Hitler in einem Brief das Staatsoberhaupt Miklós Horthy über seinen Schritt. Der Gesandte von Erdmannsdorf übergab dessen Brief Miklós Horthy am 22. Juni 1941 um 10 Uhr 30.<sup>27</sup> Hitler erwähnte in dem Brief nichts von einer Absicht in Richtung einer eventuellen ungarischen Beteiligung.

Die politische Führung Ungarns brach, um ihr Engagement Deutschland gegenüber zu beweisen, unterbrach noch am 23. Juni die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab. Gleizeitig äußerte die deutsche militärische Führung, die die ungarische Beteiligung gern angenommen hätte, in der Formulierung von General Jodl: "Wir wollen nichts fordern; aber alles, was freiwillig angeboten wird, wird dankbar angenommen. Es ist keine Rede davon, daß wir etwa eine Teilnahme Ungarns nicht wollten."<sup>28</sup> Dessen ungeachtet war Berlin aus politischen Überlegungen heraus nicht bereit, der ungarischen Regierung eine offizielle Bitte zu senden, da man meinte, daß die ungarische Regierung auf ein derartiges Ersuchen hin sofort mit territorialen Forderungen auftreten würde, wie es in früheren Fällen auch immer der Fall gewesen sei.

Die politische Führung Ungarns nahm also eine abwartende Haltung ein, während in Budapest deutsch-ungarische militärische Besprechungen stattfanden, vor allem mit dem Ziel, daß eventuell eine aus Volksdeutschen aufzustellende freiwillige Einheit zustandekommen könnte, die am Ostfeldzug teilnehmen sollte.<sup>29</sup>

In dieser Situation kam es zum Luftangriff auf Kaschau bzw. zum "Maschinengewehrbeschuß" des zwischen Körösmező und Budapest verkehrenden Schnellzuges in der Nähe von Rahó und Tiszaborkút am 26. Juni 1941.<sup>30</sup>

Nach diesem Angriff wurde noch am selben Tag eine Sondersitzung des Ministerrates einberufen, der in den frühen Nachmit-

tagsstunden die unerwartet entstandene Situation diskutierte. Vor der Sondersitzung des Ministerrats empfing das Staatsoberhaupt, Reichsverweser Miklós Horthy, den ihn mit der Nachricht des Angriffs aufsuchenden Honvéd-Generalstabschef, General der Infanterie Henrik Werth, den Honvéd-Minister Károly Bartha, Feldzeugmeister a.D., sowie den etwas nach ihnen eintreffenden Ministerpräsidenten und Außenminister László Bárdossy. Die bei dem Reichsverweser stattfindende Besprechung hatte die "Kaschauer Bombardierung" bzw. die daraus resultierende Situation zum Thema. Über die Reaktion des Staatsoberhauptes können wir etwas aus der beim Volksgerichtsprozeß im Jahre 1946 gehaltenen Rede László Bárdossys erfahren. Der ehemalige Ministerpräsident und Außenminister sagte u.a.: "Der (Kaschauer, S.Sz.) Angriff traf den Gemütszustand des Staatsoberhauptes, der ungarischen Heeresführung und des Offizierskorps genau an der empfindlichsten Stelle; für sie wurde es gleichsam zu einer Frage der militärischen Ehre und Tapferkeit, daß nach wiederholten, nicht provoziertem Angriff auch Ungarn nicht tatenlos bleibe. Die Heeresleitung brachte zum Ausdruck, daß sie es für eine unerträgliche Schande hielte, wenn Ungarn sich auch jetzt noch nicht am Krieg beteiligen würde; dasselbe äußerte auch der Reichsverweser in kategorischer Form."<sup>31</sup> Zu dieser kategorischen Äußerung des Staatsoberhauptes gab es auch eine verfassungsmäßige Grundlage. Die Gesetzartikel I. und XVII/1920<sup>32</sup> sicherten ihm das Fällen der Entscheidung hinsichtlich der militärischen Vergeltung gegenüber der Sowjetunion. Miklós Horthys Entscheidung beeinflussten keine störenden Faktoren, da die Soldaten – Károly Bartha und Henrik Werth – von sowjetischen Angriffsflugzeugen berichteten und sie überhaupt nicht annahmen, daß eventuell Maschinen der Luftwaffe eines anderen Landes den Angriff verübt hätten. Die Entscheidung bereitete Horthy keine besonderen Schwierigkeiten und Gewissensbisse. Dieses scheint sein an Adolf Hitler geschriebener Brief vom 28. Juni 1941 zu bestätigen<sup>33</sup>, in dem er u.a. schrieb: "Im Geiste der Solidariät hat meine Regierung gleich nach dem Beginn des deutsch-russischen Krieges die diplomatischen Beziehungen zu der sowjet-russischen Regierung abgebrochen und die sowjet-russische Luftwaffe über ungarischen Boden wiederholt heuchlerische Bombenangriffe unternahm, habe ich den Kriegszustand mit Rußland erklären lassen."<sup>34</sup> Dieser Brief Miklós Horthys bestätigt nicht seine später

aufgestellte Behauptung, wonach er auf Hitlers Brief vom 21. Juni 1941 ablehnend reagiert hätte.

László Bárdossy und Károly Bartha – nunmehr in Kenntnis der Entscheidung des Reichsverwesers – eilten von der Besprechung beim Reichsverweser zu der schnellstens einberufenen Sondersitzung des Ministerrats. Auf der Sitzung erklärte László Bárdossy, daß "wir die diplomatischen Beziehungen mit der sowjetischen Regierung bereits abgebrochen haben. Auf Grund dieses unprovokierten Angriffs muß heute darüber entschieden werden, ob wir uns als mit der Sowjetunion in Krieg stehend betrachten. Meiner Ansicht nach schafft dieser Luftangriff eine neue Lage, auf die wir sofort reagieren müssen. Meiner Ansicht nach müssen wir erklären, daß wir uns auf Grund dieses Angriffs als mit der Sowjetunion in Krieg stehend betrachten".<sup>35</sup>

Nach dem Beitrag von László Bárdossy folgte der des Honvéd-Ministers Károly Bartha, der u.a. erklärte, daß "...nachdem Ungarn von seiten der Sowjetunion ein unbegründeter und nicht provoziertes Angriff beige führt und so ein Kriegszustand gegen uns hervorgerufen wurde, auch wir uns als im Kriegszustand befindlich erklären."<sup>36</sup> Des weiteren argumentierte Bartha auch damit, daß nur "...wir nicht am Krieg teilnehmen"<sup>37</sup> – die Truppen der rumänischen, finnischen und der slowakischen Streitmacht hatten sich zu diesem Zeitpunkt den Operationen bereits angeschlossen, und auch Italien hatte der Sowjetunion den Krieg erklärt – und wir machen dies, weil Miklós Horthy als erster zum Krieg gegen den Bolschewismus aufgerufen hatte.

Die bei der Sondersitzung des Ministerrats anwesenden Minister teilten László Bárdossys und Károly Barthas – und somit sinngemäß Miklós Horthys – Ansicht. Lediglich der Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer wandte ein, daß er die Kriegserklärung für verfrüht halte; seiner Meinung nach wäre es ausreichend, den ungarisch-sowjetischen Grenzabschnitt zu verstärken, und man müsse abwarten, bis die Deutschen auch auf politischer Ebene unsere Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion erbitten.<sup>38</sup>

Das auf der Ministerratssitzung Gesagte faßte László Bárdossy als Beschluß des Ministerrats zusammen: "Die Regierung hat einstimmig beschlossen, daß sie es als sofortige Retorsion für notwendig erachte, daß unsere Flugzeuge noch heute den Angriff erwidern, den sowjetische Flugzeuge am heutigen Tage gegen den

fahrenden Kőrösmezőer Schnellzug sowie gegen die Stadt Kaschau durchgeführt haben. Sie stellt fest, daß der Innenminister im Augenblick nicht die Notwendigkeit sieht, bereits heute zu erklären, daß wir uns als mit Rußland im Kriegszustand befindlich betrachten; die Regierungsmitglieder haben im Gegensatz zu diesen Standpunkt den Entschluß gefaßt, daß nebst der Vergeltung des Luftangriffs gleichzeitig erklärt werden soll, daß infolge der im Laufe des heutigen Tages gegen ungarisches Territorium gestarteten, wiederholten, völkerrechtswidrigen, unbegründeten und nicht provozierten Angriffe durch die sowjetische Luftwaffe Ungarn den Kriegszustand mit der Sowjetunion als eingetreten betrachtet.“<sup>39</sup>

Ministerpräsident und Außenminister László Bárdossy teilte am 27. Juni 1941 den Ministerratsbeschluß, der das weitere Schicksal Ungarns bestimmte und der nichts anderes war als die Unterstützung des Beschlusses des Staatsoberhauptes Miklós Horthy, mit folgenden Worten im Abgeordnetenhaus des Parlaments mit: „Sehr geehrtes Haus! (Hört! Hört!) Ich möchte eine ganz kurze Erklärung abgeben. Der Präsident des Hauses hat den völkerrechtswidrigen und unqualifizierbaren Angriff der Sowjetunion mit würdigen Worten verurteilt. Die ungarische königliche Regierung stellt fest, daß infolge der Angriffe der Kriegszustand zwischen Ungarn und der Sowjetunion eingetreten ist (Langanhaltende Hochrufe und Applaus auf allen Seiten des Hauses)“.<sup>40</sup>

Am gleichen Tag starteten die Maschinen der ungarischen königlichen Honvéd-Luftwaffe Angriffe gegen sowjetische Gebiete, und es begann die Mobilmachung einzelner Einheiten der Armee. Ende Juni überschritten die Truppen der sogenannten Karpaten-Gruppe die ungarisch-sowjetische Grenze, und hiermit wurde Ungarn zum aktiv handelnden Teilnehmer am deutsch-sowjetischen Krieg. Die ungarische Entscheidung wurde grundlegend von der Schlußfolgerung bestimmt, die man aus den bisherigen Ergebnissen des zu diesem Zeitpunkt noch als lediglich europäischen Krieg gezogen hatte; nämlich, daß das Land zum Teilnehmer eines relativ kurz dauernden Krieges wird und es ihm zum Preis geringfügiger Verluste gelingt, mit den umliegenden Ländern – Rumänien, Slowakei, Kroatien – Schritt zu halten und so die bis dahin erzielten Revisionsergebnisse bis zur Zeit nach dem Sieg zu schützen und diese evtl. sogar zu Ungarns Vorteil zu modifizieren.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Hubatsch, Walter: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945. Frankfurt 1962, 82. Die Weisung Nr. 20 wurde am 13. Dezember 1940 gegeben.
- <sup>2</sup> Hubatsch: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945, 106.
- <sup>3</sup> Der unter der Leitung von Generalmajor Kurt Himer aufgestellte Verbindungsstab wirkte bis zum August 1941 in Budapest. Das Tagebuch des Stabs befindet sich im Militärarchiv Freiburg unter dem Titel "Kriegstagebuch der Dienststelle des Deutschen Generals beim Oberkommando der Königlich Ungarischen Wehrmacht".
- <sup>4</sup> Hubatsch: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945, 110.
- <sup>5</sup> Ibid., 108.
- <sup>6</sup> Halder, Franz: Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres 1939–1942. Stuttgart 1963. 2. Bd., 32. (22. Juli 1940).
- <sup>7</sup> Nebelin, Manfred: Deutsche Ungarnpolitik 1939–1941. Opladen 1989.
- <sup>8</sup> Halder: Generaloberst Halder, 2. Bd., 90 (6. September 1940).
- <sup>9</sup> Ibid., 2. Bd., 210 (5. Dezember 1940); Nebelin: Deutsche Ungarnpolitik 1939–1941, 40.
- <sup>10</sup> Hubatsch: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945, 84–88.
- <sup>11</sup> Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab). Frankfurt/Main 1965. 1. Bd., 299 (3. Februar 1941).
- <sup>12</sup> Ibid.
- <sup>13</sup> Förster, Jürgen: Die Gewinnung von Verbündeten in Südosteuropa. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Stuttgart 1983. 4. Bd., 356.
- <sup>14</sup> Nebelin: Deutsche Ungarnpolitik 1939–1941, 206.
- <sup>15</sup> Die Denkschrift von Henrik Werth vom 6. Mai 1941 wurde – mit geringfügigen Textauslassungen – veröffentlicht in: Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához 1936–1945. V. kötet: Magyarország külpolitikája a nyugati hadjárattól a Szovjetunió megtámadásáig 1940–1941. Budapest 1982, 1097–1100, Dokument 778. (Im folgenden: DIMK V.).
- <sup>16</sup> Bárdossy's Antwort s. DIMK V., 1114–1116, Dok. 783.
- <sup>17</sup> Ibid., 1114.
- <sup>18</sup> Werth's Memorandum vom 31. Mai 1941 s. DIMK V., 1142–1143, Dok. 806.
- <sup>19</sup> Die Zuschrift des Generalstabschefs s. DIMK V., 1176–1179, Dok. 839.
- <sup>20</sup> Ibid., 1177.

<sup>21</sup> Ibid., 1178.

<sup>22</sup> Ibid., 1178.

<sup>23</sup> Ibid., 1179.

<sup>24</sup> László Bárdossy faßte seine "Empfehlungen" wie folgt zusammen:

"1. Wir bieten der Regierung des Deutschen Reiches unsere Teilnahme an einer eventuellen deutschen militärischen Aktion nicht an. Wenn jedoch die deutsche Reichsregierung unsere Mitwirkung später für notwendig halten und an uns eine entsprechende ausdrückliche Aufforderung richten sollte, kämen wir dieser selbstverständlich nach;

2. Beim Treffen der notwendigen Verteidigungsvorkehrungen möchten wir in vollkommener Übereinstimmung mit der deutschen Reichsregierung bzw. mit der deutschen Heeresführung vorgehen;

3. Bei unseren Maßnahmen zur Steigerung unserer militärischen Bereitschaft defensiven Charakters müssen wir uns vor Augen halten, daß unsere Eisenbahnlinien von deutschen Militärtransporten in großem Maße in Anspruch genommen werden, was naturgemäß die Abstimmung zwischen den Vorkehrungen der ungarischen und der deutschen Heeresführung in noch größerem Maße notwendig macht;

4. Die Steigerung der militärischen Bereitschaft könnte sich zum jetzigen Zeitpunkt evtl. sehr ungünstig auf die saisonalen landwirtschaftlichen Arbeiten auswirken und das Ernteergebnis gefährden, was aus der Sicht des Deutschen Reiches nicht nur nicht gleichgültig wäre, sondern offenkundig im Gegensatz zu den Interessen der Reichsregierung stehen würde.

Ich bitte Eure Hoheit zu geruhen, sich die obigen Gesichtspunkte bei den in Aussicht gestellten Besprechungen vor Augen zu halten und auch die mit Eurer Hoheit in Kontakt tretenden Vertreter der deutschen Heeresführung auf sie aufmerksam zu machen." DIMK V., 1185.

<sup>25</sup> DIMK V., 1190–1191, Dok. 849.

<sup>26</sup> DIMK V., 1202–1203, Dok. 858. Der Unterzeichnende ist richtigerweise Major Bartalis!

<sup>27</sup> Hitlers Brief s. Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Reihe D: 1937–1945. Baden-Baden, Göttingen 1950–1970. Bd. XII/2, Dok. 661.

<sup>28</sup> Kriegstagebuch der Dienststelle des Deutschen Generals beim Oberkommando der Königlich Ungarischen Wehrmacht (22. Juni 1941), zitiert nach Nebelin, Manfred: "Barbarossa" und Ungarn. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 53 (1994), 117.

<sup>29</sup> Ibid., 118–119 (25. Juni 1941).

<sup>30</sup> Aus der Literatur über den Bombenangriff auf Kaschau ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Borsányi, Julián: Das Rätsel des Bombenangriffs auf

Kaschau 26. Juni 1941. München 1978; Borsányi, Julián: A magyar tragédia kassai nyitánya. München 1985; Ölvedi, Ignác: A honvéd Vezérkar és a kassai "casus belli". In: Honvédelem 1981, Nr. 9 u. 10; Ölvedi, Ignác: Kassa bombázása – "casus belli" a Szovjetunió elleni hadbalépéshez. In: Történelmi Szemle 1985, Nr. 2; des weiteren die Beiträge von Thomas Sakmyster, Francis Wagner und N. F. Dreisziger in: Hungarian Studies Review Vol. X. No. 1–2.

31 Bárdossy, László: A nemzet védelmében. Fahrwangen 1976, 54–55.

32 Gesetzartikel I./1920 über die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit und über die provisorische Regelung zur Ausübung der staatlichen Souveränität. In: 1920. évi Országos Törvénytár, Nr. 1, 1–6.

Gesetzartikel XVII./1920 über die Änderung des Paragraphen 13 des Gesetzartikels I./1920 über die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit und über die provisorische Regelung zur Ausübung der staatlichen Souveränität. In: 1920. évi Országos Törvénytár, Nr. 12, 77–78.

Dieses Gesetz sagte: "Im Falle unmittelbar drohender Gefahr kann der Reichsverweser unter Verantwortung des ungarischen Gesamtministeriums und mit der nachträglichen, unverzüglich einzuholenden Zustimmung der Nationalversammlung den Einsatz der Armee außerhalb der Landesgrenzen anordnen."

33 DIMK V., 1244–1245, Dok. 891.

34 Ibid.

35 Magyar Országos Levéltár. Minisztertanácsi jegyzőkönyvek K 27. Az 1941. június 26-ai rendkívüli minisztertanács jegyzőkönyve, Bárdossy-variáns.

36 Ibid.

37 Ibid.

38 Ibid.

39 Ibid.

40 Az Országgyűlés Képviselőházának naplója 1939–1944. Bd. X., Budapest 1941, 305. 202. Sitzung am 27. Juni 1941.